

Niedersachsen geht voran – Unser Weg aus der Krise.

Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung – Mit Innovation in die Zukunft.

Unser Auftrag

Wir wollen, dass Niedersachsen Motor und Katalysator für den Weg aus der Krise ist und unsere Resilienz gegen pandemische Krisen stärkt. Es geht nicht um alte Ideen oder Lösungen der Vergangenheit, sondern es geht darum, neue Freiräume und einen Vorsprung zu entwickeln, der unseren Unternehmen den Weg in die Zukunft sichert, die Wettbewerbsfähigkeit stärkt und Wohlstand für alle Niedersachsen schafft.

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass unsere Arbeitsplätze, unsere mittelständischen Unternehmen, unsere Industrie und unser gesellschaftliches Leben in kürzester Zeit gefährdet sein können. Arbeitnehmer, Arbeitgeber, unsere Unternehmen und die öffentliche Hand stehen jetzt vor enormen Herausforderungen. Neben der Transformation zu einer klimaneutralen und ressourcenschonenden Wirtschaft müssen wir auch Vorsorge für künftige Krisen treffen. Gleichzeitig müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und des Standortes Niedersachsen insgesamt sichern. Damit schaffen wir hochwertige Arbeitsplätze und erhalten unseren Wohlstand. Der gesellschaftlichen Zusammenhalt wird gefördert und die Souveränität staatlichen Handelns und politische Gestaltungsfähigkeit gesichert.

Auch die internationale Politik bleibt von den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht verschont. Harte wirtschaftliche und soziale Einschnitte und ein sinkender Ölpreis erschweren die Kooperation auf globaler Ebene. Angesichts wachsender Systemkonkurrenzen und politischer Spannungen - unter anderem zwischen den USA und der Volksrepublik China – sind Deutschland und Europa mehr und mehr auf sich alleine gestellt und müssen mehr als bislang eine souveräne und aktive Rolle auf der Weltbühne einnehmen.

Unsere Antwort

1. Ein starkes Europa

Wir stehen gemeinsam vor einer historischen Herausforderung. Jetzt gilt es, die Weichen für ein starkes Europa - mit Deutschland als starkem Impulsgeber und Motor - zu stellen. Hierzu zählen die weitere Vertiefung des Binnenmarkts und der Wirtschafts- und Währungsunion sowie Zukunftsthemen wie Digitalisierung, die bessere Kooperation im Bereich der inneren Sicherheit und der Migrations- und Asylpolitik, Klimaschutz und der Ausbau europäischer und internationaler Hochschulpartnerschaften und grenzüberschreitender Kooperationen von Forschungsverbänden.

2. Eine erfolgreiche Industrie- und Innovationspolitik

Wir brauchen eine erfolgreiche Industrie- und Innovationspolitik, die uns mit existenziell wichtigen Gütern wie Medikamenten, Impfstoffen, Schutzausrüstungen und Lebensmitteln in Europa versorgt. Unsere Unternehmen müssen durch politische Rahmenbedingungen in die Lage versetzt werden, ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen und gleichzeitig ihren Beitrag zur Einhaltung der Klimaschutzziele und einer insgesamt nachhaltigeren Wirtschaftswelt zu leisten.

3. Neue Souveränität „Made in Niedersachsen“

Unsere Souveränität in zentralen, strategisch wichtigen Forschungs- und Technologiebereichen muss weiter verstärkt werden. Dazu gehört, die Chancen in den Bereichen künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Quantentechnologie, Cybersicherheit, Medizin, Mobilität, regenerative Energien, Dekarbonisierung und eine gesunde Ernährung noch stärker zu fokussieren. Durch eine flexible Transferstrategie wollen wir gewährleisten, dass nicht nur bahnbrechende Ideen, sondern auch bahnbrechende Produkte „Made in Niedersachsen“ die Entwicklung zentraler Zukunftsfelder prägen.

4. Der Erfindergeist der Niedersachsen

Einer der bedeutendsten Rohstoffe unseres Landes ist der Erfindergeist der Niedersachsen. Dafür brauchen wir ein gesellschaftliches Klima und politische Rahmenbedingungen, aber auch Freiräume, die Leistung und Innovation stärker för-

dert. Schulen und Universitäten und weitere Bildungs- und Forschungseinrichtungen müssen sich noch stärker der Exzellenz und dem Leistungsgedanken verpflichtet fühlen und entsprechend gefördert werden. Die Lösungen und Innovationen, die hierzulande entwickelt werden, tragen wesentlich zu unserem Wohlstand bei. Das war so und wird auch nach der Corona-Krise so sein.

5. Technologische Wettbewerbsvorteile

Technologiebasierte Wettbewerbsvorteile müssen erhalten werden. Hierfür fehlen derzeit abgestimmte Konzepte, die alle relevanten Akteure sinnvoll integrieren. Es sollen daher mehr nationale und europäische Lösungen angestrebt werden, z.B. bei der Datenspeicherung, bei Serverfragen oder der Mobilfunktechnologie. Weisungsabhängige, subventionierte Staatskonzerne dürfen in diesem Zusammenhang keinen wesentlichen Einfluss gewinnen.

Viele Unternehmen unseres Landes stehen vor erheblichen existenzgefährdenden Herausforderungen. In der Herzkammer der deutschen Industrie brechen Zulieferer und Absatzmärkte weg. Um den Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten, aktivieren sie Reserven oder verschulden sich. Dies wird in den kommenden Jahren Liquidität binden, die für Innovationsprojekte fehlt. Dies führt zu einer Schwächung der Wettbewerbsposition. Hier müssen wir wieder aufholen.

6. Kein einfaches zurück vor die Krise, sondern mit Innovation in die Zukunft

Nie war Innovation so wichtig wie heute. Schon vor Corona befand sich ein großer Teil der niedersächsischen Unternehmen inmitten eines umfassenden Transformationsprozesses. Es ist daher von zentraler Bedeutung, mit einer technologieorientierten Industrie- und Mittelstandspolitik die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft der Wirtschaft zu steigern.

Niedersachsen muss führender Technologie-, Industrie- und Handwerksstandort bleiben. Das ist unser Ziel. Wir brauchen aber keine Rückkehr zur Situation vor der Krise. Unsere Wirtschaft soll nach der Krise innovativer, nachhaltiger und wettbewerbsfähiger sein als zuvor. Hier muss Niedersachsen voran gehen.

All diese Beispiele erfordern neben neuen Produkten zumeist auch stark veränderte betriebliche Prozesse und führen zu erheblichen Anpassungen und Veränderungen in Liefer- und Wertschöpfungsketten. Diese gilt es, zügig und mit Unterstützung der Politik voranzutreiben. Den Belegschaften unserer Betriebe müssen begleitend jetzt Schlüsselqualifikationen vermittelt werden, die beim Neuaufbau der Unternehmen nötig sind. Hierbei sollten betriebliche Weiterbildung und Erwachsenenbildung stärker vernetzt und berufsbegleitende (Online)Angebote deutlich ausgebaut werden.

I. Niedersachsen geht voran – Unser Weg im Land

Arbeit, Wirtschaft und Beschäftigung

Die Veranstaltungs- und Freizeitbranche, die Kreativwirtschaft, Gastronomie und die Tourismuswirtschaft waren von den Beschränkungsmaßnahmen in besonderer Weise betroffen. Sie durften aus Gründen des Gesundheitsschutzes in der Corona-Krise nicht wirtschaften. Sie waren über Monate hinaus nicht oder kaum geschäftlich tätig. Marktwirtschaftliche Lösungen und Kredite allein bringen diesen Wirtschaftsbereichen keinen schnellen Aufschwung. Schausteller, Freizeitparks, Messebauer, Diskotheken und Clubs waren vor der Krise feste Bestandteile unseres Wirtschaftslebens und sollen es auch nach der Krise wieder sein.

Die Gastronomie hat durch die mehrwöchige Schließung sowie langfristigen Auflagen und die Zurückhaltung der Gäste besonders hohe Umsatzausfälle zu verkraften, die oftmals existenzbedrohend sind. Damit die Betriebe einen Teil dieser Ausfälle kompensieren können, hat der Gesetzgeber die Mehrwertsteuer auf Speisen vom 1. Juli 2020 bis zum 30. Juni 2021 auf den verminderten Steuersatz von 5 % abgesenkt. Da innerhalb dieses Zeitraums deutlich niedrigere Umsätze als in den Vorjahren zu erwirtschaften sind, erzielt diese Maßnahme nicht ihre volle Wirkung. Sie sollte daher mindestens bis zum 31. Dezember 2023 verlängert werden.

Für Unternehmen, denen staatliche Kredite über Monate nicht helfen, weil die wirtschaftliche Perspektive fehlt, muss der Zugang zu Verfahren im Vor-Insol-

venzbereich wie z.B. das Schutzschirmverfahren erleichtert werden. Zudem sollten die Bedingungen dieser Verfahren an die Corona-Krise und die besonders betroffenen Branchen angepasst werden. Ziel ist es, die Gläubiger wie Vermieter und Banken an einen Tisch zu holen, um die Umsatzausfälle auf mehrere Schultern aufzuteilen.

Unternehmen brauchen eine Startchance aus der Corona-Krise. Die Programme zur Liquiditätshilfe werden gezielt erweitert auf Gründungskredite für Unternehmen, die aus Corona-bedingten Insolvenzen heraus neu gegründet werden. In der Planungsphase befindliche Gründungen sollten verbesserte Anreize zur Gründung erhalten. Bestehende Instrumente müssen aufgestockt und um weitere Finanzinstrumente ergänzt werden. Denkbar sind auch Sonderregelungen für diese Unternehmen in bestehenden Förderprogrammen. Um Start-ups und innovationsinteressierten Unternehmen in der Transformationsphase unter die Arme zu greifen, muss der Zugang zu Innovationen sowie eine finanzielle Förderung moderner Technik erleichtert werden. Hierzu zählt auch eine Ausweitung des Digitalbonus und die Ausweitung des Wagniskapitalfonds NSeed.

Um auch weiterhin das niedersächsische Handwerk zu stärken, soll die in der Corona-Krise geänderte Wertgrenzenverordnung für die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen durch den öffentlichen Auftraggeber beibehalten werden.

Mobilität der Zukunft aus Niedersachsen

Die Automobilindustrie war und ist Beschäftigungsgarant und Innovationsmotor für unser Bundesland. Rund 250.000 Arbeitsplätze hängen in Niedersachsen direkt von der Kraftfahrzeugherstellung ab. Das sind 30% der Industriearbeitsplätze. Diese Arbeitsplätze sichern unseren Wohlstand.

Die Automobilwirtschaft befand sich schon vor der Corona-Krise vor dem grundlegendsten Wandel ihrer Geschichte. Nach wie vor gilt: Wenn Deutschland auf dem internationalen Markt bestehen will, müssen wir den Wandel zu einer klimaschonenden Mobilität wirtschaftlich erfolgreich und auch sozial verträglich schaffen. Die Zukunftsfähigkeit der Automobilbranche bei gleichzeitiger Reduzierung der

CO2 Emissionen ist Schlüsselfaktor dafür, dass wir unser Land verantwortungsvoll an die nächste Generation übergeben können. Eine ideologisierte Reduzierung auf die E-Mobilität lehnen wir ab. Wir stehen für die Ergänzung verschiedener Antriebstechnologien.

Wer den Automobilmarkt der Zukunft beherrschen will, muss wissen, dass das Geschäftsmodell „richtig gute Autos bauen und verkaufen“ massiv unter Druck steht. Die Digitalisierung erfordert auch im Mobilitätssektor ein Umdenken. Wir reden zukünftig eher über ein Smartphone auf Rädern beziehungsweise über ein Auto mit einem Hochleistungsrechner.

Die Wertschöpfung im Automobilsektor verschiebt sich von der Hardware auf die Software. Es wird zukünftig auch im Mobilitätsbereich um datengestützte Dienstleistungen gehen. Wenn in Niedersachsen die Automobilwirtschaft der Zukunft entstehen soll, dann müssen wir auch das Land sein, das die zukunftsweisendsten Apps entwickelt. Auch die Mobilitätsdienstleistungen der Zukunft müssen bei uns entstehen.

Daher wollen wir in Niedersachsen die besten Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und den Absatz von alternativen Antriebstechnologien sowie digitaler Anwendungen schaffen.

Digitale Chancen – Schule, Ausbildung und Studium

Der digitale Wandel wird auch das digitale Lernen in unseren Schulen verändern. Schule und Bildung müssen angesichts der fundamentalen Veränderungsprozesse neu gedacht werden. Kinder und Jugendliche benötigen eine vertiefte digitale Bildung. Sie müssen befähigt werden, sich in der digitalen Welt zurecht zu finden, um verantwortungsbewusst mit den neuen Technologien umgehen zu können. Informatik und Medienkompetenz sind für die nächsten Generationen essentielle Bausteine für ein erfolgreiches Bestehen in der Arbeitswelt. Dazu ist es allerdings unerlässlich, dass die notwendige Infrastruktur an unseren Schulstandorten geschaffen wird und sich unsere Schulen in digitale Lernorte wandeln. Das Land Niedersachsen muss dafür die notwendigen Investitionen anschieben und gemeinsam

mit den Kommunen dafür sorgen, dass neben der Infrastruktur auch die Umsetzung und Implementierung von Software und Knowhow, in enger Abstimmung mit dem Lehrpersonal, funktioniert. Dafür braucht es neben einem erheblichen Fortbildungsangebot auch gegenseitiges Training innerhalb der Schulen und weitere Schul-IT-Systemadministratoren. Das digitale Sommersemester verdeutlicht die Chancen, aber auch die Herausforderungen, die in der niedersächsischen Hochschullandschaft zu adressieren sind.

Besonderes Augenmerk gilt in diesem Kontext der beruflichen Bildung, die junge Menschen einerseits zu einem Einstieg in das Berufsleben befähigen soll und andererseits sie darauf vorbereiten muss, dass das lebenslange Lernen ihren beruflichen Lebensweg begleiten wird. Gerade vor dem Hintergrund sich schnell wandelnder technischer Prozesse in der Arbeitswelt und der enormen Zunahme von Informationen und dem digitalen Wandel in allen Wirtschaftsbereichen kommt der beruflichen Bildung eine Schlüsselfunktion zu. An berufsbildenden Schulen sind digitale Medien nicht nur Lerninhalte, sondern digitale Prozesse werden auch zum Inhalt des Unterrichts. Daher müssen alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu digitalen Endgeräten erhalten. Die überbetrieblichen Bildungsstätten sind auf ihrem Weg zu digitalen Lehr- und Technologietransferzentren zu unterstützen. Ein weiterer Baustein ist die Weiterbildung in der modernen, in ständiger Veränderung begriffenen Arbeitswelt. Über den Digitalpakt hinaus müssen wir gewährleisten, dass dezentraler digitaler Unterricht für alle Schüler angeboten wird. Das gilt für Krisenzeiten, aber auch zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten.

Nach unserem Grundprinzip des Förderns und Forderns müssen wir neben den Angeboten für Bildungsbenachteiligte auch Konzepte für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler entwickeln, die verhindern sollen, dass durch Unterforderung die Lust am Lernen vergeht.

Wir wollen in die Köpfe unseres Landes investieren. Wer ordentlich lernen will, benötigt ein gutes Umfeld und vernünftige Rahmenbedingungen. Deshalb wollen wir ein umfangreiches Schul- und Hochschulanierungsprogramm sowie ein ent-

sprechendes Programm zur Weiterentwicklung der überbetrieblichen Bildungszentren auf den Weg bringen, welches nicht nur die bautechnischen und energetischen Erfordernisse im Blick hat. Es muss auch um die in den letzten Jahrzehnten vernachlässigten Standards wie Schultoiletten, Hygiene, Heizung und Klimaanlage gehen. Mit einer wissenschaftlichen Begleitung von Pilotprojekten des digitalen Planens und Bauens können langfristig erhebliche Effizienzgewinne erreicht werden. Angesichts zunehmend begrenzter finanzieller Spielräume müssen ÖPP-Projekte ernsthaft erwogen werden.

II. Niedersachsen geht voran – Für ein starkes Deutschland

Den Fuß weg vom Bremspedal – Bürokratie abbauen

Wir wollen Bürokratie abbauen! Bürokratische Strukturen und Prozesse verschlanken und digitalisieren, aber auch das Verständnis für notwendige Verwaltung entwickeln. Alles, was nicht existenziell ist und zusätzlich belastend wirkt, muss auf Eis gelegt werden.

Es gibt eine ganze Reihe von Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren, die in der Corona-Krise besser gelaufen sind als im Normalzustand und die es zu erhalten gilt. Das Vergaberecht für öffentliche Aufträge wurde vereinfacht. Auch Ladenöffnungszeiten am Sonntag wurden in der Krise flexibel gehandhabt und ausgeweitet, sogar an den Feiertagen. Ebenso sinnvoll waren die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Kurzarbeiter in allen Berufen. Die Ausweitung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit und die Verkürzung von Ruhezeiten haben sich als wirksam erwiesen. Sie sind vor dem Hintergrund einer weiter flexibler gewordenen Arbeitswelt dringend erforderlich.

Die Erleichterungen für die Wirtschaft, die sich als wirksam erwiesen haben, sollten wir jetzt auch in der Phase des Wiederaufbaus beibehalten und ggf. sogar ausweiten. Die Unternehmen brauchen wieder Luft, um ordentlich zu wirtschaften, wovon ihre Kunden, ihre Beschäftigten, die Sozialkassen und der Staat profitieren. Dazu gehört ein Abbau der Überregulierung in unserem Land.

Wir brauchen eine beschleunigte Gesetzgebung, um unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Deutschland zurückzugewinnen. Wir brauchen vor allem Gesetze, die Freiheit schaffen. Wir müssen Verordnungen und Vorgaben aufheben, die durch den Versuch, möglichst alle und jeden einzubinden, zu Mehrfachbeteiligungen und überlangen Verfahrensdauern führen. Jahrzehntelange Genehmigungsverfahren helfen gerade bei wichtigen Infrastrukturprojekten niemandem. Ein wichtiger Schritt dabei ist die europarechtskonforme Wiedereinführung der materiellen Präklusion also dem Ausschluss nicht zeitgerecht vorgebrachter Einwendungen. Die Ausweitung der Klagerechte von nicht unmittelbar betroffenen Organisationen jeder Art muss zurückgeführt werden. Im Kern soll nur der klagen können, dessen Rechte unmittelbar betroffen sind.

Das Land und möglichst auch der Bund richten eine digitale Meldestelle für überflüssige Bürokratie ein. Alle Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, konkrete Angaben zu überflüssiger Bürokratie zu machen. Wichtig ist insbesondere, dass alle begründeten Eingaben geprüft und beantwortet werden. Dokumentationspflichten, etwa im Gesundheitswesen, der Pflege, aber auch bei nicht unmittelbar gesundheitsgefährdenden (Lebensmittel-)Produktionen werden so gestaltet, dass nur noch die Prozesse dokumentiert werden müssen, nicht aber jeder einzelne Handgriff. Ziel ist die Reduzierung des Zeitaufwands um mehr als 50 Prozent. Neue Technologien müssen vorrangig eingesetzt werden (digitale Protokollierung).

Ein wettbewerbsfähiges Steuerrecht – Unternehmen und Erwerbstätige entlasten

Deutschland braucht jetzt mehr denn je ein wettbewerbsfähiges Steuerrecht. Im Vergleich zu anderen Industrieländern werden die Unternehmen in Deutschland steuerlich zu stark belastet. Unter Einbeziehung des Solidaritätszuschlages und der Gewerbesteuer ist die Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften auf bis zu 35 Prozent und die Steuerbelastung der Personengesellschaften auf 45 Prozent gestiegen. Zugleich hat die Progression des Einkommenssteuertarifs eine immer stärkere Belastung auch niedriger und durchschnittlicher Einkommen bewirkt. Daher lehnen wir Steuererhöhungen ab.

Für den Standort Deutschland ist diese hohe Steuerbelastung schädlich. In der aktuellen Wirtschaftskrise wird sie zu einer erheblichen Belastung und behindert die schnelle Bewältigung der Corona-Folgen. Daher ist eine Steuersenkung der Unternehmen notwendig, um die Attraktivität des Standorts Deutschland weiterhin zu sichern. Wir wollen die Belastung von in Unternehmen verbleibenden Gewinnen auf maximal 25% senken. Dies muss für Kapital- und Personengesellschaften gleichermaßen gelten. Erforderlich ist daher:

- Die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf 10%,
- die Verbesserung der bestehenden Thesaurierungsmöglichkeit nach § 34a EStG durch eine Absenkung des Thesaurierungssteuersatzes auf 20% und
- die Umsetzung eines Optionsmodells für Personengesellschaften.

Die Corona-Krise hat auch gezeigt, dass das Steuerrecht im Bereich der Verlustverrechnung deutlich zu restriktiv ist. Zudem waren die Vorgaben zur Verlustverrechnung immer wieder Bestandteil höchstrichterlicher Rechtsprechung. Daher gehört die gesamte Verlustverrechnung auf den Prüfstand. Wir wollen eine umfangreiche Neuregelung. Dazu fordern wir:

- eine umfassende Neuregelung der Verlustabzugsbeschränkungen bei der Übertragung von Anteilen an Kapitalgesellschaften,
- einen Abbau der Mindestbesteuerung nach §10d Abs. 2 EStG und
- eine Verbesserung des Verlustrücktrags bezogen auf den Zeitraum und dessen Höhe.

Wir wollen Verbesserungen bei der steuerlichen Behandlung von geringwertigen Wirtschaftsgütern und bei den steuerlichen Zinssätzen. Die Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter ist ein wichtiger Baustein zur Entlastung von kleineren und mittleren Unternehmen. Sie wirkt sich zugleich positiv auf die Liquidität der Unternehmen aus. Die steuerlichen Zinssätze liegen aktuell deutlich über dem marktüblichen Niveau und stellen daher eine besondere Belastung für Unternehmen dar. Daher fordern wir:

- die Betragsobergrenze bei geringwertigen Wirtschaftsgütern von derzeit 800 Euro auf 1.000 Euro zu erhöhen,
- die Grenze zur Verbuchung der Anschaffung als sofortigen Aufwand von 250 Euro auf 400 Euro weiter zu erhöhen,

- den sogenannten Sammelposten attraktiver zu machen und die Grenze auf 3.000 Euro anzuheben und
- die steuerlichen Zinssätze auf ein marktübliches Niveau zu reduzieren.

Wir müssen zusätzlich die Belastung von Erwerbstätigen, vor allem bei unteren und mittleren Einkommen verringern. Daher fordern wir:

- eine Reform des Einkommensteuertarifs durchzuführen, um die niedrigen und mittleren Einkommensgruppen deutlich zu entlasten und im Gegenzug – aber nur in Kombination mit der zeitgleichen vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags – die höchste Tarifzone stärker zu belasten,
- Investitionen durch die Verlängerung steuerlicher Investitionszeiträume zu sichern, eine Erhöhung der Werbungskostenpauschale für Arbeitnehmer.

Innovationen aus Deutschland

Deutschland ist zwar Innovationsweltmeister, nutzt aber die Erfindungen nicht hinreichend. Der Bund muss mehr Marketing für Innovationen „Made in Germany“ betreiben. Ziel muss es sein, die ganze Wertschöpfungskette einer Innovation in Deutschland zu sichern: Massenmarktreife, Vertrieb und Produktion in Deutschland. Ebenso notwendig ist es, die steuerliche Forschungsförderung zu verbessern. Wir brauchen zusätzliche Anreize für große Unternehmen, damit diese zukünftig mehr Forschungsprojekte in Deutschland ansiedeln. Für hohe Forschungs- und Entwicklungsausgaben käme ein degressiver Fördersatz in Betracht.

Wir brauchen eine höhere nationale Souveränität der Wertschöpfungsketten, damit die Versorgungssicherheit des Standorts Deutschland mit kritischen Gütern sichergestellt wird. Für bestimmte Güter wird eine inländische oder europäische Produktion unumgänglich sein, damit wir nicht von anderen Ländern abhängig sind. Hierzu soll eine stärkere Orientierung von Förderprogrammen auf (Sprung-) Innovationen, Transfer und Zukunftsfelder beitragen. Es ist wünschenswert, wenn Förderverfahren vereinfacht und beschleunigt werden und der Zugang von Unternehmen und Forschungsverbänden erleichtert werden könnte.

Es gilt, die Innovationsgeschwindigkeit, z.B. bei Arzneimitteln und Impfstoffen, deutlich zu beschleunigen. Wir brauchen eine Neudefinition der Aufgaben des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen. Die gesetzliche Privilegierung von nicht patentgeschützten Medikamenten wird beseitigt. Gentechnologische Arzneimittelforschung wird Forschungsschwerpunkt der öffentlichen Förderung. Auf Landesebene sind begleitend, die Einrichtungen der Infektionsforschung, stärker zu vernetzen und Forschungsprojekte zu fördern.

Wasserstoff muss als Energieträger von der Produktion, über den Transport bis zum Verbraucher gefördert werden. Grüner Wasserstoff ist zugleich ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Erste Schritte müssen vom Staat erfolgen:

- Umstellung des Fuhrparks des Bundes und der Länder auf Wasserstofffahrzeuge bis 2025.
- Bau von Wasserstofftankstellen auf öffentlichen Liegenschaften oder entsprechende Kooperationen für den Ausbau auf bereits vorhandenen Tankstellen.
- Unterstützung von innovativen Unternehmen und Projekten, die CO₂-intensive Fertigungen klimafreundlich umstellen.

Wir fördern den Einsatz von Smart Farming-Technologien, um eine krisenfeste Versorgung der heimischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu sichern und unsere Landwirtschaft nachhaltiger und tiergerechter zu gestalten. Wir setzen uns für die Nutzung moderner Züchtungstechnologien mit Augenmaß ein, da sie die Grundlage für eine erfolgreiche Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel und die Reduktion des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel bilden. Die vielfältige und leistungsfähige Agrarforschung in Niedersachsen wollen wir stärken und weiter ausbauen.

Die kommunale Ebene muss mehr Gestaltungsspielraum im Hinblick auf die personelle Ausstattung, insbesondere für die Durchführung von Planungsverfahren und die Umsetzung der Digitalisierung, erhalten. Dazu müssen wir die Möglichkeiten im Tarifvertrag der Länder für bestimmte Mangelberufe verbessern.

III. Niedersachsen geht voran – Für ein starkes Europa

Wir sind überzeugt, dass die aktuelle Corona-Krise nicht nur die Gesundheits- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union herausfordert, sondern auch eine Bewährungsprobe der Europäischen Union als Rechts- und Staatengemeinschaft darstellt. Dieser wollen wir uns entschlossen stellen und mit den 27 Mitgliedstaaten sowie den Europäischen Institutionen die Krise meistern und die Chancen ergreifen.

Die Corona-Krise stellt eine besondere Herausforderung für die Europäische Kohäsionspolitik dar. Die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen zeigen weiterhin enorme Unterschiede in Europa. Wir wollen einen neuen Impuls für Europa setzen, der im Rahmen der Kohäsionspolitik die Krisenstandhaftigkeit aller Mitgliedstaaten und somit der gesamten Union erhöht. Die CDU in Niedersachsen fordert daher, dass der nächste Mehrjährige Finanzrahmen der EU in der neuen Förderperiode ab 2021 diese neue Lage berücksichtigt.

Für kleine und mittlere Unternehmen, die häufig nicht über ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen verfügen, ist eine Unterstützung bei der Beantragung und Durchführung von anspruchsvolleren Innovationsprojekten erforderlich. Niedersachsen sollte es als eine strategische Investition in seinen Mittelstand ansehen, diese Unternehmen personell, qualifizierend und finanziell zu unterstützen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und die erforderliche Transformation zügig herbeizuführen.

Gerade in den jetzt zu erwartenden Zeiten knapper Liquidität bei Unternehmen und öffentlichen Haushalten sollte es Ziel einer klugen Innovationspolitik für Niedersachsen sein, das gesamte Förderinstrumentarium der EU und des Bundes für unsere Unternehmen und Forschungseinrichtungen nutzbar zu machen und den jeweils besten Mix an Förder- und Finanzinstrumenten für innovative Unternehmen und Forschungseinrichtungen bereitzustellen. Landesmittel sollten nur komplementär eingesetzt werden, also nur dort, wo für den gleichen Förderzweck eine EU-Förderung nicht möglich ist.

Der Binnenmarkt muss geschützt und gestärkt werden. Sicherheit und Stabilität ist in unserem globalen Umfeld nur gemeinsam auf der europäischen Ebene erreichbar.

Das positive Umfeld für Unternehmensgründungen muss weiter ausgebaut werden, nicht nur mit finanziellen Förderungen, sondern auch durch unkomplizierte und transparente Rechtsvorschriften der EU, die stets am Prinzip der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit orientiert bleiben. Hierzu ist der Zugang zu wissenschaftlichen Innovationen für kleine und mittlere Unternehmen in Mittelstand und Handwerk zu erleichtern und hochschulnahe Ausgründungen zu unterstützen.

Wir stehen hinter dem Plan der Europäischen Kommission, Mitgliedstaaten und Branchen zu unterstützen, die durch die Covid-19-Pandemie besonders hart getroffen wurden. Zuwendungen der EU müssen dabei immer als Hilfe zur Selbsthilfe konzipiert sein und die Wirtschaft der Mitgliedstaaten bzw. Branchen nachhaltig stärken. Die hierfür erstmals in der Geschichte der EU beabsichtigte Kreditaufnahme muss eine Ausnahme bleiben und ist ausschließlich vor dem Hintergrund der akuten Bedrohung der gesamteuropäischen Volkswirtschaft und somit der grundlegenden Freiheiten der Europäischen Union durch die Pandemie zu rechtfertigen. Einen Einstieg in die Finanzierung von EU-Haushalten durch Kreditermächtigungen lehnen wir ab.

Die Covid-19-Pandemie hat uns aufgezeigt, wie abhängig wir in Deutschland und Europa von der globalisierten Welt sind. Wichtige medizinische und pharmazeutische Güter wurden zur Mangelware. Wir fordern daher die Europäische Kommission auf, eine gesamteuropäische Pharma- und Medizinstrategie zu entwickeln, die darauf hinwirkt, Schlüsselbereiche der Produktion und Forschung in Europa anzusiedeln. Medikamente und Medizinprodukte müssen auch wieder vor Ort produziert werden.